

Tatort: Amazonas

Täter: Mahagoni-Mafia

Greenpeace im Kampf gegen die Zerstörung von Urwäldern

Der Urwald des Amazonasbeckens ist einer der größten Urwälder der Erde und der größte zusammenhängende tropische Regenwald. Er ist das Symbol für Urwald schlechthin. Doch der Schatz der Natur ist stark gefährdet. Jährlich wird im Amazonas eine Fläche von bis zu zwei Millionen Hektar an Urwald abgeholzt.

Unzählige Tiere und Pflanzen stehen vor der Ausrottung. Denn Urwaldtiere wie Jaguar, Papageien und Affen haben nur eine Chance zu überleben, wenn ihr Lebensraum erhalten bleibt. Deutschland trägt durch seine Holzimporte aus dem Amazonas eine Mitverantwortung für die Vernichtung dieses Urwaldparadieses. Die Regierungen müssen endlich handeln und die Urwälder schützen.



Pará/Brasilien, 11.1999. ©Napchan/Greenpeace

Holzeinschlag in Indianergebieten

Während einer Expedition mit dem Schiff „Arctic Sunrise“ im Amazonas war Greenpeace im September und Oktober 2001 Holzfällern auf der Spur, die große Mengen wertvoller Bäume fällten, obwohl der Holzeinschlag in Indianergebieten verboten ist. Greenpeace dokumentierte die illegalen Holzeinschläge, z.B. jene im Land der Kayapo-Indianer. Hier hatten unbekannte Holzfirmen

Mahagoni (wissenschaftlicher Name: *Swietenia macrophylla*) eingeschlagen, obwohl der Holzeinschlag im Gebiet der Kayapo-Indianer seit 1996 strikt verboten ist. Greenpeace leitete die Informationen an den Generalstaatsanwalt weiter und verlangte umfassende Untersuchungen.

Die Morddrohung

Nachdem Greenpeace illegale Einschläge durch die Holzindustrie aufgedeckt und an Sägemühlen gegen dessen Verarbeitung protestiert hatte, erhielten der langjährige Greenpeace-Mitarbeiter und Koordinator der Greenpeace Amazonas-Kampagne Paulo Adario und seine Familie Morddrohungen. Greenpeace nahm diese Morddrohung sehr ernst, da ein anderer Umweltschützer, der auf ähnliche Art und Weise bedroht worden war, tatsächlich ermordet wurde. Paulo Adario brachte seine Familie in Sicherheit und erhielt Personenschutz. Den Protest gegen die Urwaldzerstörung haben er und Greenpeace keinesfalls aufgegeben.



Paulo Adario. © Christian Kaiser/Greenpeace

Greenpeace nahm diese Morddrohung sehr ernst, da ein anderer Umweltschützer, der auf ähnliche Art und Weise bedroht worden war, tatsächlich ermordet wurde. Paulo Adario brachte seine Familie in Sicherheit und erhielt Personenschutz. Den Protest gegen die Urwaldzerstörung haben er und Greenpeace keinesfalls aufgegeben.

Die Mahagoni-Mafia

Im Oktober 2001 veröffentlichte Greenpeace den Report „Die Mahagoni-Mafia“ und deckte die illegalen Geschäfte der Mahagoni-Bosse im Bundesstaat Pará auf. Korruption und Raubbau, kriminelle Energie der Mahagoni-

Mafia und die Zerstörung des Urwaldes spielen zusammen. Der Bericht beruhte auf Greenpeace-Recherchen von September und Oktober 2001 sowie auf Informationen der brasilianischen Umweltbehörde IBAMA (Instituto Brasileiro do Meio Ambiente e dos Recursos Naturais Renováveis).

Historische Entscheidung: Handels- und Exportverbot für Mahagoni

Kurz nach Veröffentlichung dieses Reports leitete die IBAMA den ersten Schritt in Richtung eines nicht zuletzt von Greenpeace lange geforderten Moratoriums für Mahagoni ein. Die Umweltbehörde verkündete in ihrem Erlass Nr. 17 vom 19. Oktober 2001, dass bis auf weiteres das Fällen, der Handel und der Export von Mahagoni-Holz verboten ist. Zudem setzte die IBAMA alle laufenden Mahagoni-Waldnutzungspläne bis zu ihrer Überprüfung außer Kraft. Eine historische Entscheidung für den Schutz der Urwälder in Brasilien.



Illegal gefällt, 10.2001. © Beltra/Greenpeace.

Polizei-Einsatz: Mahagoni beschlagnahmt

Wenige Tage nach dem IBAMA-Erlass beschlagnahmten brasilianische Behörden auf Grund von Hinweisen von Greenpeace mehrere Tausend Kubikmeter Mahagoni mit einem Marktwert von über sieben Millionen Euro. Unter Zuhilfenahme mehrerer Flugzeuge und Helikopter setzte die Polizei zusammen mit der brasilianischen Umweltbehörde IBAMA, und in Begleitung von Greenpeace das Holz im unwegsamen Urwald fest. Mehrere Personen, die in den illegalen Holzhandel und den Einschlag in nicht genehmigten Gebieten verwickelt waren, wurden fest genommen.

Mahagoni-Einschlagsrechte komplett zurückgezogen

In ihrem Erlass Nr. 22 vom 5. Dezember 2001 verkündete die IBAMA schließlich, dass alle bestehenden Mahagoni-Waldnutzungspläne in den Bundesstaaten Pará, Mato Grosso und Acre auf Grund zahlreicher Ungereimtheiten und Gesetzesverstöße suspendiert sind. Ausgenommen von dem Erlass sind ausdrücklich nur jene Waldnutzungspläne, die nach ökologischen Kriterien überprüft und kontrolliert oder im Prozess der Zertifizierung sind. Mit dem Erlass der IBAMA sind auch Sofortmaßnahmen zum Schutz von Indianergebieten und Naturschutzgebieten verbunden, die internationale Holzkonzerne seit Jahren rücksichtslos ausplündern.



Pará/Brasilien © Cavanagh/Greenpeace

Gegenwehr der Holzkonzerne

Gegen den IBAMA-Erlass Nr. 17 vom 19. Oktober 2001 gingen betroffene Holzkonzerne vor Gericht. Sie argumentierten, dass die Stämme vor dem Erlass geschlagen wurden und daher der anstehende Export nicht in Frage gestellt werden könne.

Ein Gericht in erster Instanz gab der Holzindustrie Recht und verlangte von der IBAMA die Ausstellung der notwendigen Genehmigungen für den Export des Mahagoni nach Europa. IBAMA war gezwungen, die Export-Genehmigung auszustellen. Das, obwohl nach Meinung ihres Präsidenten Hamilton Casara nicht zur Zufriedenheit belegt werden konnte, dass das geschlagene Holz von der Firma legal gefällt wurde.

Insbesondere habe die erste Instanz einen technischen Bericht der IBAMA vom November nicht zur Kenntnis genommen. Dieser technische Bericht enthielt aber wichtige Indi-

zien für illegale Holznutzung und illegale Geschäfte der Mahagoni-Mafia. Die Umweltbehörde ging daher in Berufung.

Am 7. Februar 2002 entschied der zweite Senat des Bundesgerichtes in Belém über die Berufung der IBAMA im Rechtsstreit mit einem der klagenden Holzkonzerne. Das Gericht bestätigte die Auffassung der Umweltbehörde, dass die Aussetzung des Handels und Exportes von Mahagoni rechtens war und so lange kein Mahagoni-Holz exportiert werden darf, bis die Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen durch die Holzindustrie durch eine Untersuchung und Überprüfung der Waldnutzungspläne abgeschlossen ist. Ein Erfolg für die Umweltbehörde.

Es ist zu erwarten, dass in anderen anhängigen Fällen, in denen die IBAMA in Berufung gegangen ist, in der zweiten Instanz ähnlich entschieden wird. Damit dürfte der Mahagoni-Handel in Brasilien weiterhin verboten bleiben und jeglicher Export nach Übersee illegal sein.

Keine Mahagoni-Importe nach Deutschland

Obwohl das Verfahren noch in der Schwebe ist, exportierte die Holzindustrie Anfang 2002 Mahagoni nach Europa, auch nach Deutschland.



Im Hafen von Belém © Napchan/Greenpeace

Greenpeace-Aktivisten haben am 28. Februar im Hamburger Hafen 16 Stunden lang gegen den Import von Mahagoni protestiert, das mit dem Holzfrachter „Enif“ aus Brasilien antransportiert wurde.

Die deutsche Regierung darf die Urwald zerstörerischen Holzeinschläge der brasiliani-

schen Holz-Mafia nicht unterstützen. Vielmehr sollte sie die fortschrittliche und zukunftsweisende Entscheidung der brasilianischen Umweltbehörde stärken, indem sie die Einfuhr von Urwald vernichtendem Mahagoni nach Deutschland verhindert.

Greenpeace fordert:

- Deutsche Importeure dürfen kein Holz nach Deutschland importieren, für das Urwälder zerstört wurden.
- Keine Holzimporte von Firmen oder Personen, die mit illegalem Holzeinschlag in Verbindung stehen.
- Importeure von Holz aus Urwaldregionen sollten auf unabhängig zertifiziertes Holz nach den ökologischen und sozialen Kriterien des FSC (Forest Stewardship Council) umsteigen.

Urwaldschutz als internationale Aufgabe

Der Schutz der letzten großen intakten Urwälder der Erde und damit das Überleben der Tiere und Menschen im Wald muss für alle Beteiligten in Politik, Handel und Zivilgesellschaft eine vorrangige Aufgabe sein. Das heißt:

- **Motorsägen anhalten:** keine industriellen Abholzungen oder andere industrielle Vorhaben in den verbliebenen Urwäldern, bis Schutz- und Nutzungskonzepte für die letzten Urwälder vorliegen.
- **Maßnahmen:** Für alle Urwälder müssen langfristige Schutzkonzepte entwickelt werden. Das bedeutet, weite Teile der Urwälder unter Schutz zu stellen, andere Gebiete ökologisch zu bewirtschaften und gegen illegale Abholzungen vorzugehen.
- **„Moneten“:** Da dieser Nutzungsverzicht für die betroffenen Länder zunächst zu finanziellen Einbußen führt, müssen die reichen Länder durch einen internationalen Fonds für Ausgleich sorgen.